Investitionsvereinbarung gemäß § 92 Abs.3 KVG LSA

zwischen

der Gemeinde Klietz

vertreten durch den Bürgermeister

über

Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land

Bismarckstraße 12

39524 Schönhausen (Elbe)

- Gemeinde -

und

der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land

vertreten durch die Verbandsgemeindebürgermeisterin Steffi Friedebold

Bismarckstraße 12

39524 Schönhausen (Elbe)

- Verbandsgemeinde -

über Investitionen der Verbandsgemeinde in Grundstücke und Gebäude, die im Eigentum der Gemeinde stehen und durch die Verbandsgemeinde zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben genutzt werden.

Präambel

Aufgrund § 92 Abs. 3 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. April 2019 (GVBl. LSA S. 66), zur Erfüllung der Aufgaben nach § 90 Abs. 1 KVG LSA schließen die Beteiligten folgende Vereinbarung:

Voranzustellen ist, dass der Geltungsbereich des § 92 KVG LSA nur solches Vermögen umfasst, das zum Zeitpunkt der Bildung der Verbandsgemeinde vorhanden war. Für diese Einrichtungen und Vermögensgegenstände besteht ein Nutzungsrecht der Verbandsgemeinde. Der § 92 Abs.3 KVG LSA bezieht sich nicht auf neue Vermögensgegenstände. Die Verbandsgemeinde ist grundsätzlich zuständig für die Entscheidung und Durchführung der erforderlichen Investitions-, Instandhaltungs- und

ENTWURF

Unterhaltungsmaßnahmen. Investitionsmaßnahmen, die nicht wesentlicher Art sind, können gleichberechtigt auch durch die Gemeinde durchgeführt werden.

§ 1 Eigentum und Besitz

(1) Die Gemeinde ist Eigentümerin des Grundstückes (Gemarkung Klietz, Flur 7, Flurstück 287) in der Gemeinde Klietz, auf dem sich Feuerwehr Klietz befindet.

(2) Aufgrund § 92 Abs. 3 KVG LSA ist die Verbandsgemeinde Besitzerin und Nutzerin der im Eigentum der Gemeinde stehendem Grundstück mit Anlage zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben gemäß § 90 Abs. 1 KVG LSA.

§ 2 Investitionsabsicht

(1) Es soll folgende Investitionsmaßnahme durchgeführt werden:

1. Umbau und Erweiterung der Feuerwehr Klietz

(2) Die Verbandsgemeinde beabsichtigt in das Eigentum der Gemeinde bauliche Investitionen in Gesamthöhe von ca. 1.432.770,23 Euro in dem Zeitraum von 24 Monaten ab Abschluss dieser Vereinbarung zu investieren, um die gesetzlichen Pflichten auf dem ihr überlassenen Grundstück zu erfüllen.

§ 3 Finanzierung und Sicherheiten

(1) Die Verbandsgemeinde nimmt, grundsätzlich als alleiniger Investor, die Finanzierung der Maßnahme wie folgt vor:

- a) Fördermittel in Höhe von 800.000,00 EUR
- b) Eigenanteil in Höhe von 632.770,23 EUR

§ 4 Planung und Durchführung der Investitionen

(1) Die Planung, im Einvernehmen mit der Gemeinde, und Durchführung der baulichen Investitionen obliegt im Rahmen ihrer Verwaltungstätigkeit vollumfänglich der Verbandsgemeinde.

(2) Die Verbandsgemeinde tritt als Bauherr auf.

§ 5 Übergang

Die Vertragsbeteiligten sind sich darüber einig, dass nach Abschluss der Maßnahme der Verbandsgemeinde das Eigentum aus der Investitionstätigkeit heraus bei der Verbandsgemeinde verbleibt.

§ 6 Gewährleistung und Verkehrssicherungspflichten

(1) Die Gemeinde tritt der Verbandsgemeinde alle Rechte und Pflichten aus der Eigentümerstellung an dem Grundstück für die Planung und Durchführung des Investitionsvorhabens ab. Dies gilt insbesondere für alle in Betracht kommenden Ansprüche aus dem Eigentum gegenüber Dritten, insbesondere Vertragspartnern der Verbandsgemeinde, derer sich dieser zur Planung und Durchführung der Investitionsmaßnahme bedient.

(2) Die Verbandsgemeinde übernimmt alle durch die Planung und Durchführung des Investitionsvorhabens auf den Eigentümer entfallenden Verkehrssicherungspflichten und stellt diesen von der Haftung Dritter frei, die die aufgrund der Eigentümerstellung der Gemeinde auf diese entfallen würden.

§ 7 Haftung

Die Verbandsgemeinde haftet gegenüber der Gemeinde für Schäden, die durch die Verletzung der ihr mit der Planung und Durchführung des Investitionsvorhabens obliegenden Sorgfaltspflichten verursacht werden. Die Verbandsgemeinde haftet in gleicher Weise für Schäden, die durch ihre Beamten und Beschäftigte, Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen sowie Handwerker oder andere im Auftrag der Verbandsgemeinde tätigen Personen schuldhaft verursacht werden.

§ 8 Laufzeit der Vereinbarung

(1) Die Vereinbarung tritt mit Abschluss in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit.

(2) Die ordentliche Kündigung des Vertrages ist nur aufgrund Anordnung der Kommunalaufsicht gemäß § 92 KVG LSA zulässig oder soweit ein wichtiger Grund besteht. Ein wichtiger Grund besteht insbesondere dann, wenn das Investitionsvorhaben nicht binnen einer Frist von 3 Jahren ab Abschluss der Vereinbarung umgesetzt wird. Als Umsetzungsmaßnahme gilt jede Maßnahme, die die Investitionsmaßnahme fördert, d.h. Antragstellung von Fördermitteln, Antragstellung auf Erteilung von Genehmigungen, Beauftragung von Planungs- und/oder Bauleistungen. Einvernehmliche Kündigungen können unbeachtet dessen eingegangen werden.

(3) Das Vertragsverhältnis kann insoweit unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten zum Ende des jeweiligen Jahres gekündigt werden. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen und muss dem jeweiligen Vertragspartner rechtzeitig zugehen. Eine Kündigung ist ausgeschlossen, wenn innerhalb der Kündigungsfrist Maßnahmen zur Planung und Durchführung der Investitionsmaßnahme durchgeführt werden.

(4) Die Vereinbarung endet in jedem Fall mit der förmlichen Abnahme des Werkes (Fertigstellung der Baumaßnahme) im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches sowie des endgültigen Eigentumsübergangs an die Verbandsgemeinde.

§ 9 Sonstige Bestimmungen

(1) Für den Fall, dass einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sind, so wird die Wirksamkeit des Vertrages insgesamt hierdurch nicht berührt. Eine unwirksame Bestimmung ist durch eine andere gültige Bestimmung zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der weggefallenen Bestimmung weitestgehend entspricht. Gleiches gilt für die eventuelle Lücken.

ENTWURF

- (2) Gemäß den Vorschriften über den öffentlich-rechtlichen Vertrag sind Änderungen und Abweichungen von diesem Vertrag nur schriftlich zulässig.
- (3) Die vorstehende Vereinbarung kommt nur dann zu Stande, wenn sie von den zuständigen Gremien der Beteiligten beschlossen wird.

§ 10 gesetzliche Anpassung

Sollte durch Ergänzungen oder Änderungen des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt diese Vereinbarung oder Teile dieser Vereinbarung betroffen sein, so vereinbaren die Beteiligten, für den Fall, dass eine Anpassung der Vereinbarung erforderlich ist, diese Vereinbarung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen anzupassen.

Klietz, den

Bürgermeister der Gemeinde

Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde